

II- 912 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 545 1J

1991-02-27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dolinschek, Haupt, Meisinger
an den Bundeskanzler
betreffend Einstellung von Behinderten

Das Behinderteneinstellungsgesetz verpflichtet auch die Verwaltung des Bundes, Behinderte in ausreichender Zahl zu beschäftigen. Bedauerlicherweise wird diese Verpflichtung - von einigen positiven Ausnahmen abgesehen - jedoch schon rein zahlenmäßig nicht immer erfüllt.

Behinderte Menschen sollten nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten auch in ihrem beruflichen Fortkommen nicht diskriminiert werden; gerade innerhalb der Bundesverwaltung sollten sie daher nicht nur die selben Aufstiegschancen haben, sondern auch in allen Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppen entsprechend vertreten sein.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie wird die Behinderten-Einstellungspflicht der Bundesverwaltung in den einzelnen Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppen erfüllt?
- 2) Werden Sie alle Mitglieder der Bundesregierung dazu auffordern, behinderten Bediensteten entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten zu gewähren?